



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 02. März 2023 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in der vergangenen Woche jährte sich der Beginn der russischen Invasion in der Ukraine. Ein Jahr Angriffskrieg ist zugleich ein Jahr unermesslichen menschlichen Leids, das Russland über die Ukraine gebracht hat.

Der 24. Februar 2022 markiert einen Epochenbruch und war Ausgangspunkt der vom Bundeskanzler in seiner Rede proklamierten Zeitenwende. Russland hat mit seinem Angriffskrieg die Grundlagen der internationalen Ordnung infrage gestellt. Hierzu zählen die völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität und politischen Souveränität. Meine Fraktion hat vor diesem Hintergrund die Ankündigung einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik begrüßt und unterstützt. Diese Sitzungswoche bot ein Jahr nach dem Kriegsausbruch die Gelegenheit zu einer parlamentarischen Bestandsaufnahme darüber, wo unser Land nach einem Jahr Zeitenwende steht.

Bei aller Einigkeit der demokratischen Mitte im Deutschen Bundestag, die sich hinsichtlich der großen Linien auch in der Debatte widerspiegelte, muss nüchtern konstatiert werden: Bislang findet die Zeitenwende größtenteils nur auf dem Papier statt.

Der Bundeskanzler verschleppt, verzögert und ver stolpert die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an die neuen geopolitischen Realitäten.

Meine Kolleginnen und Kollegen haben gestern in unterschiedlichen Wortbeiträgen klar gemacht, was die Voraussetzungen für das Gelingen der Zeitenwende sind. Im Kern lässt es sich auf eine Formel bringen: Den Ankündigungen des Bundeskanzlers müssen nun endlich entschlossene Taten folgen.

Das Geld muss bei der Bundeswehr ankommen. Das Beschaffungswesen muss reformiert werden. Deutschland muss Führung zeigen, anstatt von seinen Verbündeten getrieben zu werden. Das 2-Prozent-Ziel muss die Untergrenze für eine effektive Landes- und Bündnisverteidigung darstellen.

Sollten Sie die Debatte verpasst haben, empfehle ich Ihnen die Ansicht in der Mediathek des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de). Denn zu allen Punkten des russischen Angriffskrieges ist im Rahmen dieser Debatte Stellung bezogen worden – auch zu den Verschwörungen und falschgeleiteten Einlassungen von links und rechts. Die Wagenknecht-Demo zeigt: Wir brauchen mehr politische Bildungsarbeit in unserem Land.

Herzlichst,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Sondertribunal für Ahndung russischer Kriegsverbrechen**
- **Mysteriöse Vorgänge um die „Klimastiftung“ in Mecklenburg-Vorpommern**
- **Verlängerung der Bundeswehreinätze im Südsudan und Mittelmeer**
- **Zukunft der Mobilität: Pilotprojekt mit Roboter-Taxis startet in Hessen**

Sondertribunal für die Ahndung russischer Kriegsverbrechen

Russland hat in dem rechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowohl in gerade erst eingenommenen als auch in bereits seit 2014 besetzten Gebieten in der Ukraine willkürliche Angriffe auf zivile Einrichtungen und Zivilisten verübt, einschließlich Entführungen, Folter und Tötungen. All diese entsetzlichen Handlungen und Aggressionen setzen sich bis zum heutigen Tage fort. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat seine Ermittlungen richtigerweise bereits im März 2022 aufgenommen. Allerdings sind seine Befugnisse beschränkt. Denn der IStGH kann zwar russische Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf ukrainischem Gebiet verurteilen.

Der Straftatbestand des Verbrechens der Aggression, also der Planung oder Ausführung des Angriffskrieges, kann aus Gründen der fehlenden Ratifizierung durch Russland und der Ukraine nicht vom IStGH verhandelt werden.

Standpunkt: *Diese Rechtslage darf aber nicht dazu führen, dass die mutmaßlichen Verbrechen der Aggression, die von den führenden Politikern und militärischen Befehlshabern Russlands und seiner Verbündeten gegen die Ukraine begangen wurden und werden, ungesühnt bleiben. Verzichtet die Völkergemeinschaft schon auf einen ernsthaften Versuch, das Verbrechen der*

Aggression vor Gericht zu bringen, so kann dies in einer Welt, in der die Akzeptanz einer internationalen Ordnung immer stärker unter Druck gerät, letztlich die Gültigkeit des Straftatbestandes „Angriffskrieg“ in Frage stellen. Auch wenn der von uns eingebrachte Antrag in dieser Woche keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gefunden hat, bin ich überzeugt, dass wir diese Forderung und dieses Vorhaben weiterhin auf der politischen Agenda halten und uns fortgesetzt dafür einsetzen müssen. •

Schwesigs mysteriöse Klimastiftung.

Im Januar 2021 gründete die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unter SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Eilverfahren die sogenannte „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“. Diese Stiftung ist nicht gemeinnützig. Sie erhielt vom russischen Staatsunternehmen Gazprom 2021 ein Vermögen in Höhe von 20 Mio. Euro.

Standpunkt: *Zu den zahlreichen mysteriösen Umständen um diesen Vorgang kommt ein unglaublicher Akt hinzu. Unter dem Kamin-Gate ist bekanntgeworden, dass die lange Zeit „verloren gegangene“ Schenkungssteuererklärung der Stiftung von einer nicht zuständigen Finanzbeamtin des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten „in Panik“ verbrannt worden sei. In der aktuellen Stunde in dieser Woche fordern wir: Diese dubiosen Geschehnisse müssen jetzt umgehend und umfassend aufgeklärt werden. •*

Bundeswehreinätze im Südsudan sowie im Mittelmeer.

Heute wurde im Bundestag über zwei Einsatzverlängerungsbitten der Bundesregierung beraten. Zum einen ging es um die Nato-geführte Maritime Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer, zum anderen um die Fortsetzung der Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan („UNMISS“).

Standpunkt: Vor einem Jahr habe ich für meine Fraktion einen parlamentarischen Debattenbeitrag zu UNMISS abgegeben, bei dem ich unsere kollektive Besorgnis über die Menschenrechtslage vor Ort in diesem jüngsten Staat der Erde artikuliert habe. Der UN-Lagebericht bezeichnet den Südsudan als einen der gefährlichsten Länder der Welt. Und auch ein Jahr später muss konstatiert werden: Die Situation bleibt äußerst kritisch. Insofern ist der Aussage des Bundesverteidigungsministers Boris Pistorius von heute Morgen zuzustimmen: Für uns Deutsche ist dieser Einsatz ein vergleichsweise kleiner Beitrag, für den Südsudan jedoch von unschätzbare großer Bedeutung in ihrer Lage. In dieser tragischen Lage zu unterstützen, bleibt unser gemeinsames Anliegen.

Ein Blickwechsel auf das Mittelmeer, das einer der am stärksten frequentierten Seegebiete der Welt ist. Etwa ein Drittel aller verschifften Handelsgüter und ein Viertel aller Öltransporte weltweit durchqueren das

Mittelmeer. Die Sicherheit des Mittelmeeres ist daher Grundvoraussetzung für einen freien und globalen Handel, von dem auch Deutschland und Europa profitieren. Das besondere Gefährdungspotenzial für Deutschland und Europa ergibt sich aus den ungehindert stattfindenden illegalen und auch terroristischen Aktivitäten. Menschen- und Waffenhandel treten dort auf im Verbund mit fehlender staatlicher Gewalt über Küstengebiete und anhaltender Fragilität einzelner Staaten. Das bietet terroristischen oder kriminellen Organisationen Rückzugsräume an der Grenze zu Europa. Unser Beitrag zur Sicherung des Mittelmeeres bleibt daher weiterhin von zentraler Bedeutung. •

Im Gespräch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Afrika

Zu meinen regelmäßigen Gesprächspartnern im Rahmen meiner Berichterstattung im Auswärtigen Ausschuss zählt die Konrad-Adenauer-Stiftung. In dieser Woche habe ich mich mit Dr. Stefan Friedrich, Leiter der dortigen Abteilung für Subsahara-Afrika, ausgetauscht. Hier standen die Präsidentschaftswahlen in Nigeria, die Perspektiven für eine friedliche Lösung des Konflikts in Ostkongo sowie die Lage im Bundeswehreinatzgebiet Mali auf der Agenda. Wir haben für die Zukunft einen weiterhin engen Austausch miteinander vereinbart. •

Die gute Nachricht der Woche:

In Darmstadt startet ein Pilot-Projekt mit Roboter-Taxis.

Vollautomatisierte Shuttles ohne Fahrerin oder Fahrer, mit normaler Geschwindigkeit im alltäglichen Straßenverkehr, per App geordert und nach Bedarf auf einer bestimmten Strecke gefahren. Das klingt für viele nach Science-Fiktion, könnte aber ein interessanter Fingerzeig in die Zukunft der Mobilität sein. In Darmstadt und im Kreis Offenbach startet ein entsprechendes Pilot-Projekt für dieses Vorhaben, was den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft revolutionieren könnte. Die automatisiert fahrenden Shuttles werden für zwei Jahre im Testbetrieb sein. Ich bin sehr gespannt! •